

Wirtschaft

Wirtschaft allg.

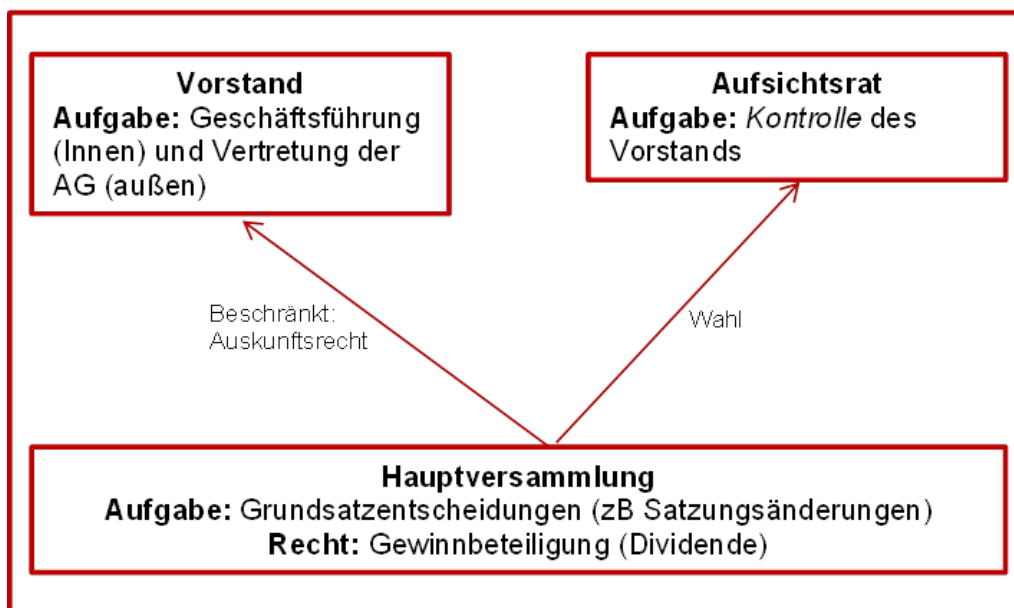
Grundgedanken:

- *Börsengang:*
 - Sinnvoll für Unternehmen, die bereits groß sind und noch weiter wachsen wollen => eigenes Geld generieren vs. von der Bank leihen
 - Private Equity (privater Verkauf von Aktien) würde zwei Probleme bieten:
 1. Wie finde ich private Investoren?
 2. Will ich den Investoren, die ich finde, Teile meines Unternehmens verkaufen? => *siehe Macht der Hauptversammlung (Aktionäre)*
 - *Außerdem:* Prestige und Imageaufwertung ☺
- *Kapitalgesellschaften:*
 - Private wollen nicht mit ihrem eigenen Vermögen für ihre wirtschaftliche Betätigung haften => nur Gesellschaft haftet den Vertragspartnern im Schadensfall
 - ⇒ *Fachbegriff für Debatte:* Haftungsbeschränkung
 - Andere können sich an der Finanzierung beteiligen
 - ⇒ *Fachbegriff für die Debatte:* Eigenkapital der Gesellschaft
-

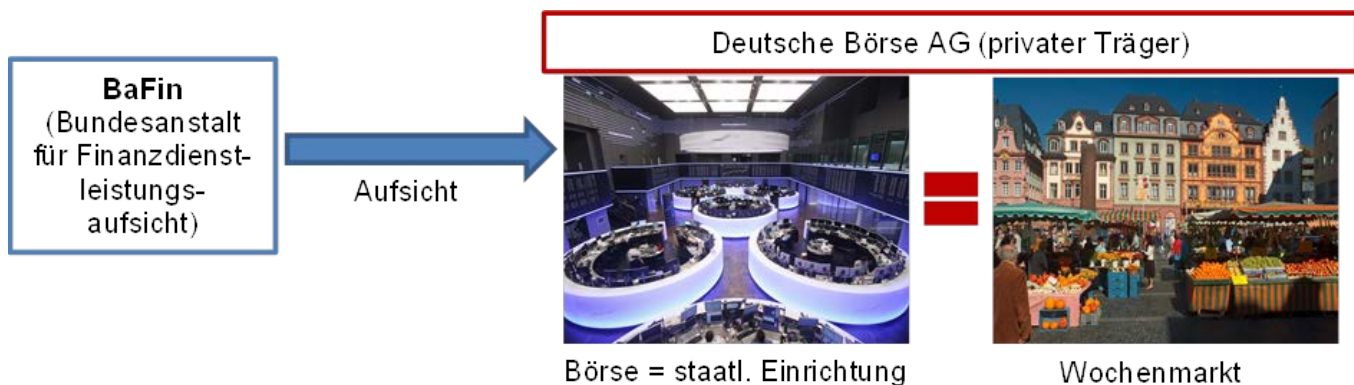
Begriffe:

- *Aktien:* Unternehmensanteile; können überall gehandelt werden (Börse nicht notwendig)
 - Stammaktien: Recht am Unternehmen = kann bei Hauptversammlung abstimmen
 - Vorzugsaktien: kein Stimmrecht aber Dividende + Gewinn durch Verkauf etc. möglich; Vorteil: keine Verschiebung der Stimmenverteilung bei Hauptversammlung
- *Aktiengesellschaft:*
 - Urspr. zur Finanzierung der Eisenbahn in Deutschland gegründet: Private sollten sich beteiligen
 - Geld soll schnell und einfach gehandelt werden (Markt kann Unternehmen auch kurzfristig einfach Kapital zur Verfügung stellen)
 - Attraktivität für Investoren
 - ⇒ gerade auch von Großinvestoren (halten 50 % vs. größeres Stimmrecht von älteren Anteilseignern (DDM-Thema))
 - Ansonsten auch GmbH möglich
 - Haben oftmals eine fünf- bis sechsstelligen Anzahl von Aktien
 - 50.000,00 € zur Gründung notwendig (in Deutschland)
 - ⇒ *Fachbegriffe für Debatte:* Kapitalsammelbecken, Publikumsgesellschaft
 - ca. 1.800 AGs in Deutschland, davon aber nur 156 am Kapitalmarkt gelistet

Aufbau Aktiengesellschaft (Ziel: Wirtschaftlicher Erfolg)

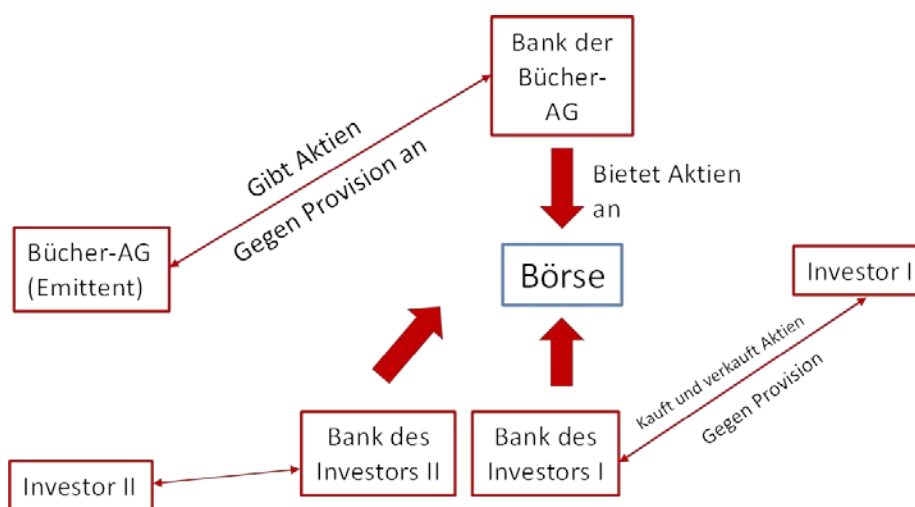


- **Aufsichtsrat:**
 - Typisch deutsches Konstrukt, unüblich im Ausland
 - nur bei AGs verpflichtend
 - wird von Hauptversammlung (Aktionären) berufen: daher Grundsätzlich nur Aktionärsvertreter
 - ⇒ deswegen auch großes Interesse der Anteilseigner keine Arbeitnehmervertreter o.ä. im Aufsichtsrat sitzen zu haben ABER
 - ⇒ Ausnahme: Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiter: 1/3 Arbeitnehmervertreter im AR
 - ⇒ Ausnahme: Unternehmen mit mehr als 2000 Mitarbeiter: 1/2 Arbeitnehmervertreter im AR
 - kümmert sich darum, dass Investition der Aktionäre (die Aktien 😊) gesichert werden
 - = Kontrolle des Vorstands, insb. durch Feststellung des Jahresabschlusses (Ernennung, Absetzung; Bericht über Vorstand für Hauptversammlung, um ggf. deren Entscheidungen zu beeinflussen) aber gerade KEINE strategischen Entscheidungen o.ä.
- **Börse:** Handelsplattform, um Aktien zu handeln (Brokerlizenz notwendig)
Börse Frankfurt nur vier Banken: Deutsche Bank, Commerzbank, HelaBank, <<



weitere Börsen in Deutschland: Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Stuttgart, Berlin, München

- Börsengang



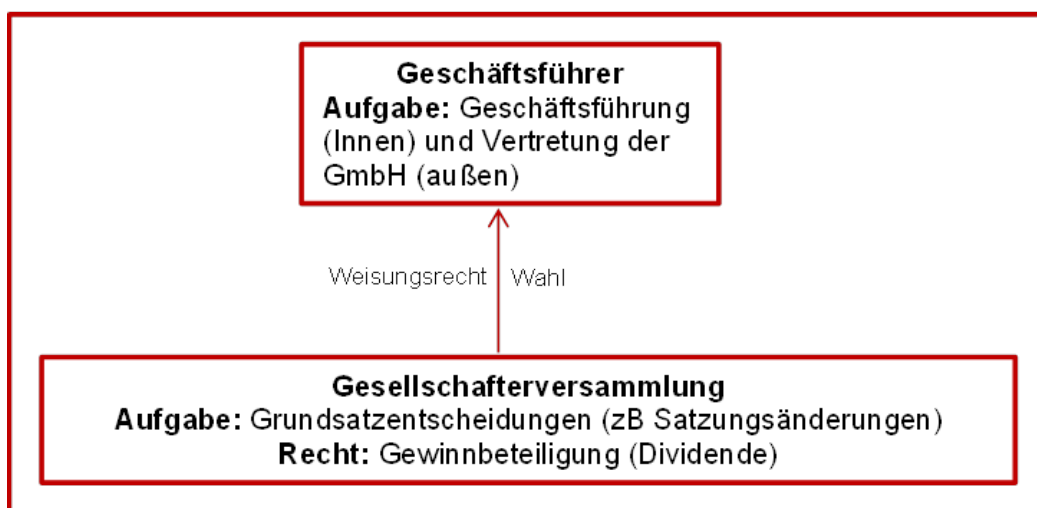
- DAX = Deutscher Aktienindex: 30 größte und umsatzstärkste Unternehmen, die an der Börse in Frankfurt gelistet sind

	Name	Branche	Sitz
1	Adidas	Bekleidung	Herzogenaurach
2	Allianz	Versicherungen	München
3	BASF	Chemie	Ludwigshafen am Rhein
4	Bayer	Chemie und Pharma	Leverkusen
5	Beiersdorf	Konsumgüter	Hamburg
6	BMW	Automobilproduktion	München
7	Commerzbank	Banken	Frankfurt am Main
8	Continental	Automobilzulieferer	Hannover
9	Daimler	Automobilproduktion	Stuttgart
10	Deutsche Bank	Banken	Frankfurt am Main
11	Deutsche Börse	Börsen	Frankfurt am Main
12	Deutsche Post	Transport	Bonn
13	Deutsche Telekom	Telekommunikation	Bonn
14	E.ON	Energieversorgung	Düsseldorf
15	Fresenius Medical Care	Medizintechnik	Hof an der Saale
16	Fresenius	Medizintechnik	Bad Homburg vor der Höhe

17	HeidelbergCement	Baustoffe (Zement)	Heidelberg
18	Henkel	Konsumgüter	Düsseldorf
19	Infineon Technologies	Halbleiter	Neubiberg
20	K+S	Chemie	Kassel
21	Linde	Industriegase und Anlagenbau	München
22	Lufthansa	Luftfahrt	Köln
23	Merck	Chemie und Pharma	Darmstadt
24	Munich Re	Versicherungen	München
25	RWE	Energieversorgung	Essen
26	SAP	Standardsoftware	Walldorf
27	Siemens	Elektrotechnik	Berlin und München
28	ThyssenKrupp	Stahl	Duisburg und Essen
29	Volkswagen	Automobilproduktion	Wolfsburg
30	Vonovia	Immobilien	Düsseldorf

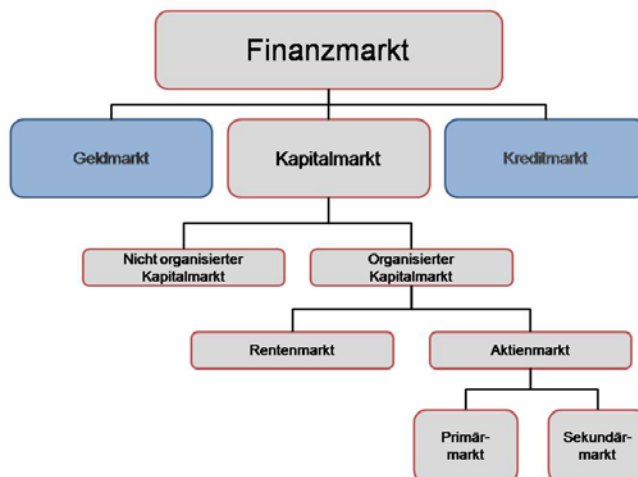
- *Dividende*: Gewinnbeteiligung / Anteilsausschüttung
- *GmbH*: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Aufbau GmbH (Ziel: Wirtschaftlicher Erfolg)

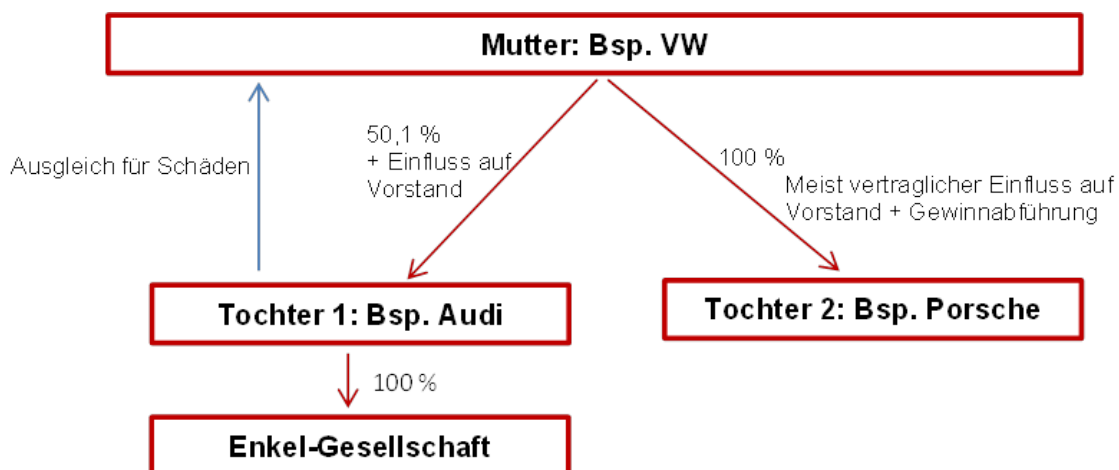


- *Hedgefond*: <<
- *Kapitalgesellschaft*: auf einem Gesellschaftsvertrag beruhende Körperschaft des privaten Rechts (Juristische Person), deren Mitglieder einen gemeinsamen, meist wirtschaftlichen, Zweck verfolgen
z. B.: AG, GmbH, KG, GmbH & Co. KG
- *Kapitalmarkt*: Finanzmarkt für Kapitalbeschaffung (z. B. die Börse Frankfurt)
 - Grundgedanke:
 - Idealer Marktplatz = Angebot und Nachfrage treffen sich im Ideal
 - Was wird gehandelt?
 - Aktien (Unternehmensanteil)
 - Anleihen (Schuldverschreibung = Zettel, auf dem steht: „Ich schulde dir 10 € + Zinsen)

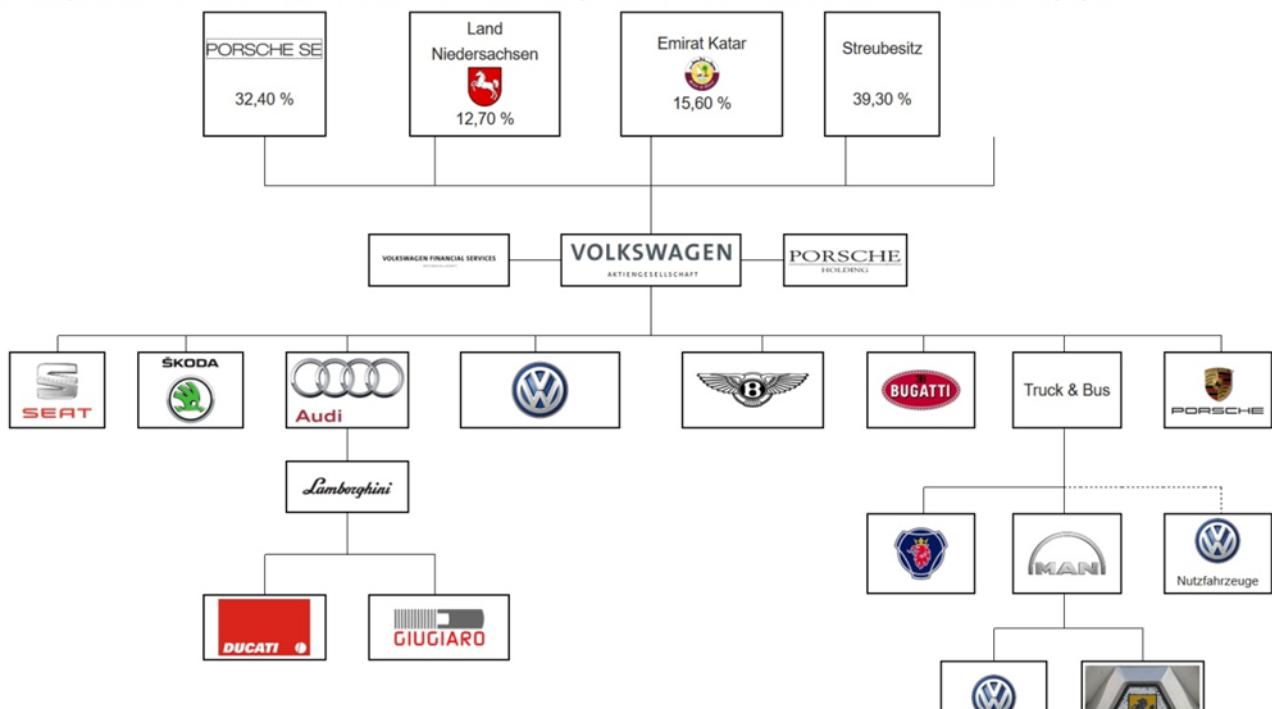
- Sonderform: Staatsanleihen (Schuldverschreibung des Staates)



- **Konzern:** Zusammenschluss mehrere Unternehmen zu einer wirtschaftlichen Einheit (keine eigene Rechtsform!), oftmals ein Mutterunternehmen mit mehreren abhängigen Unternehmen => z. B.: VW Konzern:



Der Volkswagenkonzern teilt sich in die Bereiche *Automobile* und *Finanzdienstleistungen* auf. Hinzu kommen weitere Unternehmensbereiche und Beteiligungen.



- *SE: (lat.) Societas Europae* = europäische Aktiengesellschaft
- *Unternehmen:* wirtschaftlich selbstständige Organisationseinheit, i.d.R. eine juristische Person (bspw. OHG, KG, GmbH, AG, etc.)

Wirtschaftliche Prozesse:

- 2 % Inflationsrate gut, weil
 - Menschen sparen weniger Geld, da Angst, dass Geld bald weniger Wert
 - Investitionen
 - Wirtschaft basiert auf Krediten & Schuldenlast sinkt mit Inflation
- <<: <<
- <<: <<



Finanz-/Eurokrise

Allgemein

- Banken bekommen Geld von Zentralbank, den Kunden und anderen Banken
- Nach Leeman Brothers wollten sich Banken gegenseitig kein Geld mehr leihen

Griechenland:

Verlauf:

urspr. Prinzip Inflationpolitik

- Viele Kredite in die Hand nehmen mit 10-15 % Zinsen
- diese werden aber günstiger durch Inflation
- (p) wenn Zinsen niedrig (Euro) aber keine Inflation möglich bei Rückzahlung

Schließung der Banken in Griechenland (Juni + Juli 2015):

- Sicherung der Bankkredite nur durch griechische Staatsanleihen
- Diese waren aber unsicher, da Syriza gerade keine Rückzahlungsgarantie gab
- Kein Bargeld mehr für Banken (und Kunden)
- Daher: ELA-Notkredite der EZB für Griechenland (tut so, als wären griechische Staatsanleihen noch etwas Wert)
- Als keine Verhandlungen und (noch) kein Hilfspaket musste EZB den Stecker ziehen
=> Banken mussten schließen + nur geringe Bargeldausgabe

Prinzip Hoffnung:

1. Blase, da immer mehr Kredite, die wohl nicht zurückgezahlt werden können, sollen aber langsam abgebaut werden durch
2. irgendwann vertrauen auch private Investoren + Banken wieder griechischen Banken

EZB

Zentralbanken allgemein

- Einzigen, die Währung drucken dürfen
- verleihen Geld an Banken (Leitzins)
- Preisstabilität:
 - *Anheben:* Wenn Preisblase in bestimmten Bereichen (da alle einfach einen Kredit bekommen können); dann weniger Geld = Geld mehr wert, Preise sinken = Inflation aufhalten; ABER: Gefahr einer Deflationsspirale
 - *Senken = Geld in den Markt geben:* viel billiges Geld = weniger Wert, Preise steigen = Deflation abhalten
 - *Kreditkreislauf:* EZB => Bank => Unternehmen => Handel => Unternehmen
=> Bank => EZB
- *Kontrolle:* mehr oder weniger Kredite ausgeben als zurücklaufen
- Keine direkte Staatsfinanzierung, sondern nur Sekundärmarkt (kaufen von Staatsanleihen von Erstkäufern (Fonds, Banken, Großinvestoren), diese dadurch weniger Risiko, daher geringere Zinsen für Staaten)

Pro SQ:



- Unabhängigkeit im Amt: früher viel Einfluss der nationalen Regierungen auf ihre Zentralbanken ≠ Deutschland (EZB ist deutsches System)
- Keine Rechenschaft notwendig

Contra SQ:

- Große Machtfülle

Sanktionen gegen Russland

Was ist das?

- Größtenteils Kontosperrungen => aber eher irrelevant
- Staatl. Banken, bspw. Bank Rossii (und große Unternehmen, bspw. Gazprom) können sich nicht mehr auf westl. Kapitalmärkten refinanzieren
 - Haben große Projekte, die finanziert werden müssen
 - Brauchen Euro + Dollar für intern. Handel
 - Können damit in Russland selbst weniger Geld zur Verfügung stellen / Projekte finanzieren
- USA hat das einfach beschlossen (Behörde für Wirtschaftskrieg); EU auch, rechtfertigt das durch Verflechtungen dieser Unternehmen mit russischer Regierung / Staat
- Aus Swift aber nicht ausgeschlossen (intern. Überweisungen) ≠ Iran (hier Sanktionen sehr erfolgreich)
- z. Zt. niedriger Ölpreis das große Problem, da Gas an Öl gekoppelt
→ Wirtschaft in Russland hierauf angewiesen; keine eigenen Wertschöpfungsketten

Schlechte Auswirkungen für EU? Nein:

- Deutschland mehr Handelsvolumen mit Belgien als mit Russland
- Landwirtschaft in EU nur 3-4 % des Wirtschaftsaufkommens, daher kein großer Schaden insgesamt für europ. Wirtschaft

Wirtschaftskrieg allgemein:

- Jede Form von Handelsbeschränkungen
- Zölle
- Wareneinfuhrverbote

Rohstoffe

Wirtschaftliche Relevanz:

- Gerade nicht nur Autos!
- Grundlage der moderne Produktion (Kunststoffe)
- Grundlage für chemische Produktion (Medikamente, Düngemittel = Lebensmittel, Reinigungsmittel)
- Biologische Produkte instabiler und VIEL teurer + Konkurrenz zu Flächen für

Nahrungsmittel)

Produktionsarten

- Saudi-Arabien: Öl nah an der Oberfläche = einfach (60 \$ pro Barrel)
- Iran + Venezuela: brauchen 80 \$ bzw. 100 \$ pro Barrel für rentable Ölförderung
- USA + Kanada: Fracking = teuer, da aufwendig aus Sand gewonnen

Probleme:

- Abhängigkeit vom Weltmarkt = außerhalb eigener Kontrolle
- Aber Startpunkt zur Entwicklung weiterer Wirtschaftszweige (Devisen ins Land holen; Bildung; Infrastruktur, etc.)

Positivbeispiele:

- Norwegen mit Staatsfonds
- Arabische Staaten (10 % Aktien bei BMW und Daimler; Airlines; kostenlose Bildung)

Negativbeispiel: Venezuela

- Vor knapp 15 Jahren Rohstoffindustrie verstaatlicht
 - jeweils neue Regierungen wollten sich beliebt machen bei Leuten
- Finanzierung von Lebensmitteln, Benzin, Gesundheitssystem

Für Debatte:

- Entschädigung
- Gewinne nutzen für Investitionen
- Know-How und Innovationsfähigkeit kaufen (da in Venezuela Förderungsaufkommen seit Verstaatlichung sinkt)

OPEC:

- Saudi-Arabien, Venezuela, etc.
- NICHT USA + Russland

Freihandel

Nutzen:

- Mehr Auswahl
 - Mehr Konkurrenz
- mehr Innovation + mehr Produkte
- vgl. Einzelhandel vs. Internethandel
- ⇒ Kein © für Wirtschaft, wenn bestimmte Zweige aussterben (Sattelmacher bspw.), da einfach neue Bereiche entstehen
- Gemeinsame Sicherheitsstandards und Auflagen
 - Vereinfachung
 - Kosten einsparen

Problem:

- Unterschiedliche Startbedingungen
z. B. *chemische Industrie*: Geld zum Aufbau, technisches Know-How, Marke bereits etabliert
Bild: Laufanfänger vs. Profi mit angepassten Superlaufschuhen
- Verkaufen von Rohstoffen, Kaufen der fertigen Produkte
 - Vorteil: Geld durch Konzessionen an Staat, Arbeitsplätze
- langfristiger Nutzen v. a. für Industrieländer und Konsumenten

Lösung: China

- Staatl. Auflagen: Joint-Venture
 - Produktion ½ BMW, ½ chin. Unternehmen = Arbeitsplätze in China, Kontrolle durch chin. Unternehmen (Staat) + Abschauen von Know-How
 - Anreiz: sehr großer Markt für Unternehmen, die dort verkaufen möchten
- ⇒ Aber keine Möglichkeit für kleine Länder (Burkina Faso)

Investitionsschutz:

- Notwendig, da gerade in kleineren / diktatorischen Staaten oftmals Schikane durch (neue) Regierungen (Zerschlagung, neue (Spezial-)Gesetze)
- Vollstreckung: Zwangsvollstreckung möglich (ausl. Konten, Wertgegenstände)
- Aber: i. d. R. halten sich Staaten daran, da Industrie im Land halten + polit. Imageschaden mit weiteren Sanktionen
- Das sonst (p) Anerkennung von innerstaatlichen Urteilen => wäre auch Vorteil von TTIP
- Problem: enorme Kosten; kleine Staaten geben dann oft klein bei
- Zahlen: Deutschland allein hat um die 150 solcher Verträge (ist damit weltweit wohl aber auch die Nr. 1)
(<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Investitionsschutz/investitionsschutzvertraege.html>)